

Essen
Kommunalwahl
2025

**FÜR SIE
IN DEN STADTRAT**

**KOMMUNALWAHL-
PROGRAMM 2025**

AfD
ESSEN



VORWORT

Ein Wahlprogramm soll die Ziele und Absichten einer Partei oder Wählergruppe für die zukünftige Wahlperiode zum Ausdruck bringen. Bevor man jedoch den Blick in die Zukunft richtet, sollte man zunächst auf den aktuellen Zustand einer Stadt schauen.

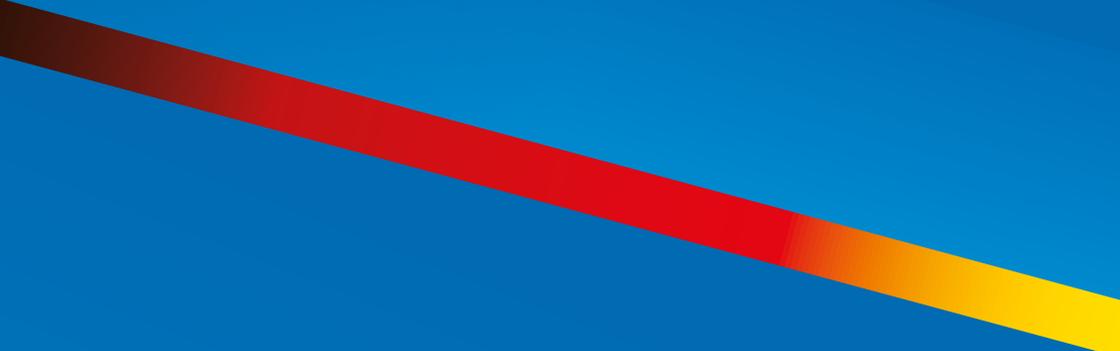
Die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben die Stadtgesellschaft und das Stadtbild stark verändert. Als Beispiel sind hier zu nennen der Abwärtstrend als Standort für viele Industriebetriebe und der unverkennbare Niedergang der ehemaligen Einkaufsstadt.

Für die AfD sind aber auch drei weitere Themenfelder von besonders gravierendem Einfluss auf die Stadt: Es ist einerseits die hohe Verschuldung und der massenhafte Zustrom an Migranten, der seit 2015 eine nicht mehr verkraftbare Größe erreicht hat. Ferner werden dem Bürger mit Verweis auf CO₂-Einsparungen Umbrüche in der Verkehrspolitik mit der Hinwendung zum Radverkehr bei gleichzeitiger Verdrängung des Kfz-Verkehrs aufgezwungen. Mit dieser Argumentation verfolgt man zudem im Bereich Wohnungsbau massive Veränderungen, insbesondere bei der Heizungswärmeversorgung.



ÜBERSICHT

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 1. | DIE KOMMUNE - VERWALTUNG FÜR DIE BÜRGER | 04 |
| 2. | SICHERHEIT UND ORDNUNG | 07 |
| 3. | WOHNEN UND LEBEN IN ESSEN | 09 |
| 4. | VERKEHR UND MOBILITÄT | 14 |
| 5. | SCHULE UND BILDUNG | 17 |
| 6. | INDUSTRIE UND GEWERBE | 19 |
| 7. | ZUWANDERUNG UND INTEGRATION | 21 |



1. *DIE KOMMUNE - VERWALTUNG FÜR DIE BÜRGER*

Die in der Verfassung verankerte kommunale Selbstverwaltung und Subsidiarität findet sich in der Realität nur spärlich wieder. Die Gemeinden und Kreise verwalten in der Hauptsache Vorgaben, die ihnen vom Land und vom Bund gemacht werden.

1.1 STEUERN FINANZEN

Seit Jahren drückt die Stadt eine hohe Schuldenlast. Mit etwa 1,6 Milliarden € an Liquiditätskrediten (für konsumtive Ausgaben) und ebenso 1,6 Milliarden € an Investitionskrediten belaufen sich die Schulden auf etwa insgesamt 3,2 Milliarden €, die mit inzwischen auch wieder nennenswertem Zinsniveau auf der Stadtkasse lasten.

Die AfD fordert in Zukunft umfangreiche Sparmaßnahmen. Insbesondere muss der Sozialhaushalt, dem stärksten Ausgabenfaktor im städtischen Budget, einer besonderen Sparbetrachtung unterzogen werden.

Die Hauptquellen der städtischen Steuereinnahmen liegen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer. Mit der kontraproduktiven Idee einer Anhebung der Gewerbesteuerhebesätze sowie der bereits erfolgten Grundsteuer-Hebesatzerhöhung für Nichtwohnobjekte werden sowohl Handel und Gewerbe aus Essen in andere Kommunen verdrängt und außerdem Kostensteigerungen hervorgerufen, die letztlich auf die Essener Bürger als Verbraucher umgelegt und als Preissteigerungen zu tragen sind. Die Spielräume der Stadt sind daher in beiden Fällen eingeschränkt.

Zur Steigerung der Einnahmenseite gehört die höhere Beteiligung an den Steuereinnahmen von Bund und Land zu den wichtigen **Forderungen der AfD**, um die Kommunen auf eine solidere finanzielle Basis zu stellen. Dies wäre schon deshalb gerechtfertigt, weil die Städte eine Vielzahl von Pflichtaufgaben erfüllen müssen, deren Ursprung aus Bund- oder Ländergesetzen kommt.

Demnächst soll mit Unterstützung von Bund und Land ein Entschuldungspaket zur finanziellen Entlastung der Städte kommen. **Die AfD fordert**, dass diese Gelder in Essen auch wirklich vollständig in den Schuldendienst fließen und nicht anderweitige Ausgabenphantasien beflügeln. Es handelt sich um Geld der Bürger. Das oberste Ziel muss der ausgeglichene Haushalt sein.

1.2 **FREISTELLUNG DER KOMMUNEN VON ZUSTÄNDIGKEITSFREMDEN LEISTUNGEN**

Der Gesetzgeber hat den Kommunen einen Großteil der Leistungserbringung für Asylberechtigte, Asylbewerber, Geduldete und minderjährige Flüchtlinge auferlegt. Jedoch reichen die Ausgleichszahlungen von Bund und Land bei weitem nicht aus. Die Versorgung von Flüchtlingen gehört nicht zu den originären Aufgaben einer Kommune. Deshalb **fordert die AfD** eine vollständige Kostenübernahme der Migrationskosten durch Bund und Land.

1.3 **FINANZPOLITIK MIT AUGENMASS**

Beteiligungen an Unternehmen und an riskanten Finanzierungsmodellen sind keine Spielfelder kommunaler Finanzpolitik. Es verbieten sich auch Geschäfte mit städtischer Infrastruktur und die damit einhergehende Schaffung finanzieller Abhängigkeiten von Investoren.

Die finanzielle Situation bedeutet für die Stadt, sich nicht mehr alles leisten zu können, was man gerne möchte. **Für die AfD** zählen dazu die zahlreichen Prestigeprojekte insbesondere für den Radverkehr, der Bau einer Eventhalle, der Neubau des Kleintheaters Casa oder das Bussi-Konzept der Ruhrbahn.

1.4 **GENDERSPRACHE**

Die sogenannte Gendersprache **ist für die AfD** eine Verfälschung unserer Sprache. Ihre Anwendung in Schulen und Verwaltungen, wie auch in den Betrieben, sollte umgehend wieder abgeschafft werden.

1.5 **BEREITSTELLUNG VON BARGELD**

Der Bargeldverkehr ist wichtiger Bestandteil unserer alltäglichen Gewohnheiten und Ausdruck der Selbstbestimmung des Einzelnen. Die weitere Verringerung von Geldautomaten ist ebenso bürgerfeindlich, wie der Abbau von Zweigstellen der Stadtparkasse in verschiedenen Stadtteilen.



2. *SICHERHEIT UND ORDNUNG*

Sicherheit und Ordnung sind die unabdingbaren Grundlagen für ein funktionierendes Zusammenleben einer Stadtgesellschaft.

2.1 SCHWINDENDE SICHERHEIT

Das Sicherheitsempfinden der Essener Bürger ist in den letzten Jahren weiterhin massiv gesunken. Ob in Freibädern oder der Innenstadt, viele Menschen fühlen sich dort nicht mehr sicher. Clan-Auseinandersetzungen, Messerattacken oder der kriminelle Einsatz von Schusswaffen haben verschiedene Essener Stadtteile zu gefühlten NoGo-Vierteln gemacht. Hervorzuheben sind die fast schon zum Alltag gewordenen Messerangriffe auf wehrlose Bürger. Messerverbotzonen helfen da wenig.

Angriffe auf Feuerwehrpersonal und Rettungskräfte oder die Drogenkriminalität sind weitere Szenarien mit Schutz- und Verfolgungsbedarf. Großveranstaltungen können nicht mehr unbeschwert ablaufen. Sicherheitskontrollen, Absperrpoller und Frauenschutzzonen stehen heute auf dem Programm.

Der massenhafte Zuzug von Migranten hat Menschen mit völlig anderen Wertvorstellungen hinsichtlich Recht und Ordnung in unsere Stadt gebracht. Die Präsenz von Männergruppen und die von ihnen praktizierte Inbesitznahme öffentlicher Räume hat steigende Tendenz.

2.3 MASSNAHMEN ZUR STEIGERUNG DER SICHERHEIT

Dies alles erfordert einen erhöhten materiellen und personellen Sicherheitsaufwand und um diesen sicherzustellen **befürwortet die AfD** eine Steigerung der Anzahl städtischer Ordnungskräfte wie auch den verstärkten Einsatz von Überwachungskameras an verschiedenen Brennpunkten der Stadt.

Ziel muss es sein, den Aufenthalt in der Innenstadt und an repräsentativen Orten im Stadtgebiet sicher und angenehm zu machen. Insbesondere muss der Hauptbahnhof wieder ein sicherer Ort werden.

Um den Einsatz von Polizei und Ordnungskräften zum Erfolg zu führen, **fordert die AfD** die volle Anwendung des Strafmaßes bei Gerichtsurteilen.



3. *WOHNEN UND LEBEN IN ESSEN*

Die Lebensqualität bemisst sich am Alltagsgeschehen. Gesicherte Versorgung, regelmäßige Abläufe, angenehme soziale Kontakte und eine sinnvolle Freizeitgestaltung tragen wesentlich zu einer guten Lebensqualität bei. Wichtigster Ort des Alltagslebens ist für die meisten Menschen die eigene Wohnung.

3.1 WOHNUNGSBAU

Die Forderung nach mehr und gleichzeitig günstigem Wohnraum lässt sich immer weniger erfüllen. Grundstücke für umfangreiche Mietwohnungs-Neubauten gibt es im Stadtgebiet nicht und die vorhandenen und unverzichtbaren Grünflächen und Außenbereiche sollten dafür nicht angefasst sondern erhalten werden. Erst recht nicht dürfen Leben und Gesundheit von Anwohnern in Gefahr gebracht werden um etwaigen Investorenwünschen nach billigem Bauland nachzugeben. Deshalb **lehnt die AfD** eine Umschichtung der als Schlammfeld bekannten Altlastenfläche in Karnap ab.

Das Phänomen der in den 1990er Jahren massenweise verkauften und damals günstigen Werks- und Betriebswohnungen haben das Problem günstiger Wohnungen verschärft.

Hinzu kommt die überbordende Fülle an Vorschriften und der Anspruch an Energieeffizienz, welche die Kosten für Neubauten und Renovierungen enorm verteuern. Darüber hinaus hat der Flüchtlingszustrom der letzten Jahre eine nicht mehr zu bewältigende Wohnungsnachfrage in unserer Stadt ausgelöst. Dieser Situation ist der Essener Wohnungsbau unterworfen und wird insbesondere durch private Bauherren getragen. Die Bauverwaltung hat darauf zu Gunsten der Bürger mit höherer Serviceorientierung und beschleunigter Antragsbearbeitung zu reagieren.

3.2 WIE HEIZEN WIR IN ZUKUNFT UNSERE WOHNUNGEN

Die geplanten Verpflichtungen, zukünftig Heizenergie aus überwiegend erneuerbaren Energien zu erzeugen, stellt sich als fast unlösbare Aufgabe für die Gesamtstadt dar, insbesondere für die Vielzahl der stadtprägenden Mehrfamilienhäuser.

Neue noch in der Versuchs- oder Erprobungsphase befindliche Techniken zeigen bisher keine allgemeintauglichen Lösungen für die großräumige Heizungsversorgung von Mietshäusern. Eine geplante Fernwärmeversorgung ganzer Stadtteile mit Zwangsanschluss für Eigentümer und ohne freie Wahl des Energieanbieters **lehnt die AfD ab**. Letztlich muss die Entscheidungsfreiheit der Eigentümer und Nutzer über die Heizungsart gewahrt bleiben Es darf kein Heizungsmonopol geben. Wenn ein Großteil der Fern-

wärme demnächst auch über Gasverbrennung erzeugt wird, fragt man sich, warum das Gasversorgungsnetz zurückgebaut werden soll und warum man die Gasversorgung einzelner Gebäude nicht beibehält..

3.3 WINDKRAFTANLAGEN

Die **AfD ist kein Befürworter** der ideologiegetriebenen Energiepolitik der GRÜNEN. Windkraftanlagen um jeden Preis und an jedem Ort unterstützen wir weder in Naturschutzgebieten noch in unserer Stadt. Anlagen mit dicht aufgestellter Konzentration von Windrädern haben viele Landschaften in unserem Land unansehnlich gemacht. Dies gilt es in Essen zu verhindern.

3.4 GRÜNFLÄCHEN UND LANDWIRTSCHAFT

Die Grünflächen der Stadt sind für die Bürger unverzichtbar. Eine großflächige Umwandlung von Waldgebieten, sowie Landwirtschafts- und anderen Grünflächen **lehnt die AfD ab**. Landschaftsschutzgebiete dürfen nicht angetastet werden.

Auch wenn die bäuerlichen Familienbetriebe nicht das prägende Merkmal einer Großstadt sind, erfüllen sie eine wichtige Funktion der Nahversorgung für die Bevölkerung. Als Bewahrer von Landwirtschafts- und Kulturlandschaft sind sie ein wichtiges Bindeglied zwischen den bebauten Wohn- und Industriegebieten einer Stadt und der Natur mit dem Effekt eines Naherholungsgebietes.

3.5 INVASIVE TIERARTEN IM STADTGEBIET

Zu den invasiven Tierarten zählen alle zugewanderten Arten, die nicht der heimischen Tierwelt zugeordnet werden können. Bedingt durch das Fehlen feindlicher Tierarten und einem weitgehend rasanten und ungestörten Anstieg der Populationen ist das natürliche Gleichgewicht bei diesen Arten nicht vorhanden. Neben dem Zurückdrängen heimischer Tierarten erzeugen z.B. Waschbären, Kanada- und Nilgänse unangenehme Begleiterscheinungen im städtischen Lebensraum.

Wie die Beispiele in anderen Städten zeigen, sollte auch in Essen eine entsprechend Bejagung dieser Arten unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben möglich sein.

3.6 SPORT

Für viele Bürger ist der Sport wichtiger Bestandteil ihrer Freizeitgestaltung. **Die AfD unterstützt** deshalb den Ausbau des Breiten-Behinderten- und Gesundheitssport genauso wie den Spitzensport als elementaren Bestandteil der Kommunalpolitik.

Dies setzt eine permanente Erhaltung und den Ausbau der städtischen Sportinfrastruktur voraus, denn nur so können Schul-, Vereins-, Breiten- und Spitzensport in angemessener Weise ausgeübt werden.

Die **AfD hat sich mit Nachdruck** für den Ausbau des Rot-Weiss-Stadions ausgesprochen. In den vergangenen Spielzeiten hat sich durch die Vielzahl der ausverkauften Spiele die derzeitige Zuschauerkapazität bereits als zu klein erwiesen. Eine Stadionerweiterung ist demnach die logische Entwicklung.

Bei der Essener Bäderlandschaft zeichnen sich ebenfalls umfangreiche Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen ab. Speziell aber beim Grugabad **vertritt die AfD** eine andere Meinung als die anderen Parteien. Wir sehen den dort bestehenden Denkmalschutz als kostentreibend und als Hindernis für neue Konzepte der gesamten Anlage.

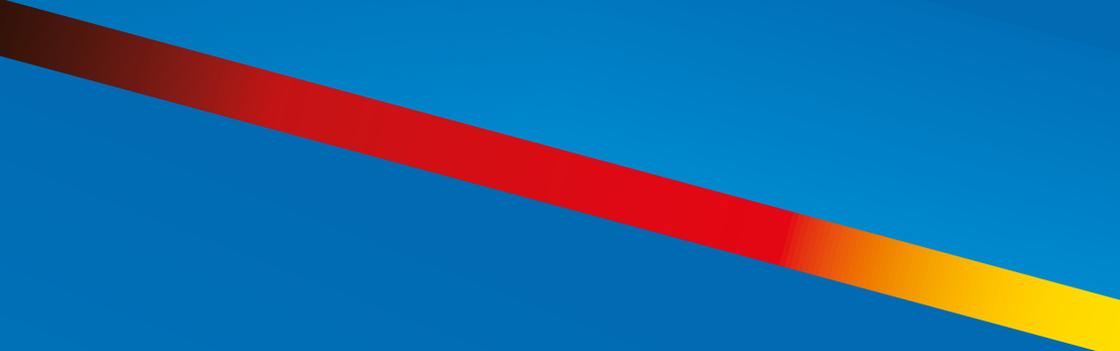
3.7 KULTUR UND BRAUCHTUM

So wie für einen Teil der Bürger die Sportstätten und ihre Unterhaltung von der Stadt zur Verfügung gestellt werden, so haben für den anderen Teil der Bürger die kulturellen Spielstätten einen vergleichweisen Stellenwert in ihrer Freizeitgestaltung. Der musikalische Bereich, sowie die musikalische Ausbildung müssen als wesentlicher Bestandteil unserer Kulturtradition betrachtet werden.

Die Heimatkultur stellt einen wichtigen Bezugspunkt für die Identifikation mit unseren Städten und Regionen dar. **Die AfD will** die traditionellen Werte unserer Kultur pflegen und fördern. Das gilt ganz besonders für unsere Feste und Gebräuche. So treten wir z.B. einer Umbenennung eines Sankt-Martin-Umzuges in Lichterfest entschieden entgegen.

3.8 GRILLZONEN

Die Ausweisung von Grillzonen in der Stadt hat nicht nur positive Effekte ausgelöst. Die Rauch- und Geruchsbelästigung von Anwohnern ist in einigen Fällen nicht hinnehmbar. Hinzu kommt der Grilltourismus aus anderen Städten. Die Einrichtung von Grillzonen in städtischen Parkanlagen **lehnt die AfD ab**, soweit diese nicht ausschließlich der Unterbindung des wilden Grillens in den jeweiligen Bezirken dient.



4 VERKEHR UND MOBILITÄT

Die Möglichkeit von einem Ort zum anderen zu kommen, und das in möglichst kurzer Zeit und auf bequeme Art und Weise, ist das Bedürfnis der meisten Bürger.

4.1 ERHALT DER INDIVIDUELLEN MOBILITÄT

Grundsätzlich **lehnt die AfD** auch zukünftig ein Verbot von Verbrennerfahrzeugen ab. Gleiches gilt auch für Verkehrsverbote speziell von Dieselfahrzeugen. Berücksichtigt man die Herstellungsprozesse der Autos, so sind die CO₂-Belastungen von E-Autos nicht auffallend geringer.

Eine flächendeckende stadtweite Einführung von Tempo 30 km/h beeinträchtigt die Verkehrsleistung des Straßennetzes und wird daher durch die **AfD abgelehnt**.

4.2 NORD-SÜDVERKEHR

Essen hat weiterhin keine leistungsfähige Nord-Süd-Verbindung für den Autoverkehr. Der Weiterbau der A 52 bis zur A 40 in Tunnel-lage ergäbe nicht nur eine Entlastung zahlreicher innerstädtischer Straßen, sondern würde auch die Wohnsituation besonders in den nördlichen Essener Stadtteilen merklich verbessern.

4.3 FAHRRADVERKEHR

Dem Bau von Fahrradinfrastruktur bei gleichzeitiger Reduzierung von Autoparkplätzen und der Abschaffung von Autofahrspuren erteilt die **AfD eine Absage** und fordert eine grundlegende Korrektur der Maßnahmen des Radentscheides.

4.4 VERKEHR AUF DER RÜ

Eine Rückkehr zu den durch CDU und Bündnis 90 Grüne eingeführten und aufgrund laufendem Verwaltungsrechtsstreit ausgesetzten Einbahnstraßenregelungen mit Abbiegezwängen **lehnt die AfD** entschieden ab. Hände weg von der RÜ!

4.5 TAXIVERKEHR

Der zu vorgegebenen Preistarifen verpflichtete Taxiverkehr kämpft derzeit gegen eine Mietwagenkonkurrenz ohne Tarifsystem. Dieser Zustand ist für die Taxibetreiber ungerecht und muss nach **Auffassung der AfD** zugunsten des Taxigewerbes korrigiert werden.

4.7 ELEKTROROLLER

Seit Einführung der E-Roller ärgern sich die Bürger zurecht über diese oftmals in gefährlicher Position im Verkehrsraum herumliegenden Fahrgeräte. Den Betreibern sind entsprechende Auflagen einer verkehrssicheren Abstellposition aufzuerlegen.

4.8 BLITZANLAGEN ZUR GESCHWINDIGKEITSÜBERWACHUNG

Das Geld aus den Einnahmen der Blitzanlagen sind eine feste Position im Essener Haushalt. **Die AfD** ist wie viele Bürger der Auffassung, dass bei einigen Blitzstandorten die Geldeinnahme im Vordergrund steht, die Verkehrssicherheit aber zweitrangig ist (Beispiel: Blitzer an der A 40- Ausfahrt Essen Zentrum). **Die AfD betrachtet** diese Vorgehensweise als bürgerfeindlich und hält solche Standorte für verzichtbar.



5 *SCHULE UND BILDUNG*

Schulen dürfen keinesfalls zu Orten der weltanschaulichen oder politischen Indoktrination werden. Die AfD sieht diesen Grundwert als gefährdet an und setzt sich für Maßnahmen zur Einhaltung des Neutralitätsgebotes an Schulen ein.

5.1 UNTERRICHTSQUALITÄT

Der Regelunterricht muss Priorität haben und darf nicht unter der Beschulung von Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkindern leiden. Qualitativ hochwertiger Unterricht kann nur in Klassen stattfinden, in denen die Schüler die deutsche Sprache altersgerecht beherrschen und mit den hiesigen sozialen und kulturellen Regeln vertraut sind.

Eltern haben für ihre Kinder ein Anrecht auf einen Schulunterricht mit ausreichend deutsch sprechenden Schülern. Aus diesem Grund **fordert die AfD** die Einführung von Sonderklassen für Schüler ohne ausreichende altersgerechte Deutschkenntnisse.

5.2 INKLUSION IN DER SCHULE

Die weitgehende Abschaffung von Förderschulen bei gleichzeitiger Unterbringung von Kindern mit Inklusionsbedarfen in die Regelklassen war nach **Auffassung der AfD** ein falscher Schritt.

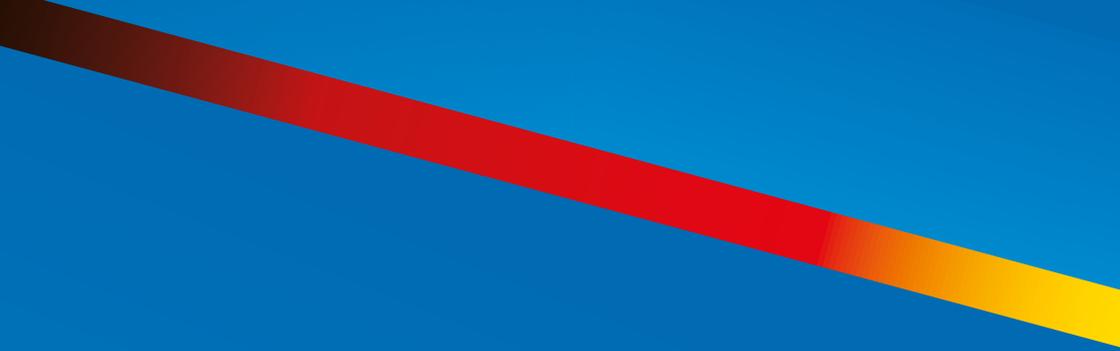
Mit dem erhöhten Bedarf an inklusiver Betreuung sind viele Lehrer völlig überfordert. Darüber hinaus hemmt die Ausübung dieser zusätzlichen Betreuung den Unterrichtsfortgang.

5.3 SICHERHEIT AN SCHULEN

Disziplinlosigkeit und eine zunehmende Gewaltbereitschaft erschweren zunehmend einen ordnungsgemäßen Unterricht. Das Schulpersonal beklagt zum Teil massive Erziehungsdefizite. Durch die zunehmende Zahl an Schülern mit zugewanderter Religionszugehörigkeit treten diese vermehrt als gemeinsame Gruppe auf auch mit dem Ziel, ihre Gebräuche und Gewohnheiten durchzusetzen. Aus dem Gruppeneffekt in Verbindung mit archaischen Verhaltensweisen entstehen Bedrohungsszenarien gegenüber anderen Schülern, aber auch gegenüber dem Lehrpersonal.

Versuchte Einflussnahme auf die Bekleidung und das Verhalten von Mädchen oder die Einführung geschlechtergetrennter Veranstaltungen sind ebenso zu verhindern, wie die Einführung religiös begründeter Verbote von Speisen beim Schulessen.

Disziplin- und Respektlosigkeit sind mit konsequenten Maßnahmen zu begegnen. Gewalt gegen Mitschüler und Lehrkräfte ist strengstens zu sanktionieren.



6. *INDUSTRIE UND GEWERBE*

Die AfD steht für eine Realpolitik statt einer ideologiegetriebenen Gestaltung unserer Gesellschaft. Handel und Gewerbe waren in den letzten Jahren das Opfer der gezielten CO₂-Verhinderungspolitik. Es ist zu beklagen, dass viele Betriebe den dramatischen Anstieg der Energiekosten sowie die zahlreichen meist von der EU stammenden Auflagen nicht mehr auffangen konnten und ihren Betrieb aufgeben haben.

6.1 WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Die **AfD fordert**, Essen als Arbeits- und Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen und die Neuansiedlung von produzierenden Unternehmen zu fördern. Mittelständische Unternehmen sind das Herzstück unserer Wirtschaft und wichtige Anbieter von Arbeitsplätzen. Zur Förderung zählen auch ein gutes Angebot an Gewerbeflächen und Verkehrsanbindungen.

Essen verdankt seine Entstehung und seinen Aufstieg der Industrialisierung. Deshalb erteilt die **AfD** allen Aktivitäten zur Verhinderung neuer Büro- oder Gewerbebauten eine Absage.

Aufwertende Umstrukturierungen bestehender Gewerbegebiete wie das des Hafengebiets dürfen nur mit Augenmaß und Rücksicht auf alteingesessene Betriebe erfolgen, deren gesamtwirtschaftliche Bedeutung anzuerkennen ist.

7 ZUWANDERUNG UND INTEGRATION

Wie viele andere Städte in Nordrhein-Westfalen so ist auch Essen beliebtes Ziel der Zuwanderungsströme, die besonders nach 2015 die verkraftbare Aufnahmekapazität einer Stadt in vielen Bereichen überschritten hat. Drastisch gestiegene Forderungen nach Wohnungen, Schulen, Kindertagesstätten, Arbeitsplätzen oder Gesundheitsversorgung können weder materiell noch personell ausreichend erfüllt werden.

Die Massenzuwanderung erzeugt mehr und mehr gesellschaftspolitische Probleme, ob in Schulen oder im täglichen Leben. Die Menschen unterschiedlicher Herkunft finden sich zunehmend in ethnisch gleichen Gruppen, Großfamilien oder Clans zusammen und bilden immer zahlreichere Parallelgesellschaften. Integration findet weitgehend nicht mehr statt. Die Integrationsräte in den Kommunen sind vom Konzept her falsch, weil sie die Verschiedenheit einzelnen Migrantengruppen hervorheben und die Abgrenzung untereinander und von der deutschen Bevölkerung fördern.

7.1 ASYL

Das Asylrecht ist Bestandteil unseres Grundgesetzes und wird **von der AfD** auch nicht infrage gestellt. Wir kritisieren jedoch, dass das Asylrecht sinn- und gesetzeswidrig zu einem Instrument der massenhaften Einwanderung umfunktioniert worden ist.

7.2 VERSORGUNG VON FLÜCHTLINGEN UND ASYLBEWERBERN

Ein Grund für die anhaltende Massenzuwanderung sind insbesondere die gegenüber anderen EU-Ländern vergleichsweise üppigen Transferleistungen in Deutschland.

Die Zahlung von Bürgergeld an bestimmte Flüchtlingsgruppen ohne durchgesetzte Arbeitsverpflichtung führt zum Unmut bei der arbeitenden Bevölkerung und bei den Steuerzahlern. Zum Beispiel steigen deren Krankenkassenbeiträge auch deshalb, weil die Gesundheitskosten von immer mehr Menschen ohne Krankenkassenbeitrag auf die Beitragszahler umgelegt werden.

7.3 ÄNDERUNGEN SIND NOTWENDIG

Für die AfD sind folgende Forderungen wichtig:

- » Zuzugstopp für weitere Migranten, um die Einwanderung in die Sozialsysteme zu unterbinden.
- » Konsequenteres Vorgehen bei den Abschiebeverfahren Ausreisepflichtiger und bei der Duldungspraxis.
- » Versorgung von Asylbewerbern Flüchtlingen durch Sachleistungen oder die Einführung der sogenannten Bezahlkarte
- » Arbeitsverpflichtung für den vorgenannten Personenkreis

7.4 SOZIALMISSBRAUCH VERHINDERN

In verschiedenen Fällen haben Kommunen bei Prüfungen aus besonderen Anlässen festgestellt, dass angemeldete Asylbewerber oder Flüchtlinge nicht auffindbar sind, die Transferleistungen aber weiter gezahlt werden.

Die AfD vermutet hier eine hohe Dunkelziffer von Asylmissbrauch in Verbindung mit unrechtmäßigen Zahlungen von Sozialleistungen. Dem kann nur mit einer regelmäßigen Wohnsitzkontrolle begegnet werden oder man macht Geldauszahlungen nur durch persönlichen Empfang möglich unter Vorlage von Identitätsdokumenten.

***AM 14.09.
AfD WÄHLEN!***



Kontakt und Herausgeber

AfD Kreisverband Essen
Postfach 10 03 61
45003 Essen
E-Mail: kreis-essen@afd.nrw